

Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Riekenbrauk

**„Zeugnisverweigerungsrecht der JuhiS –
Zeugenaussage der JuhiS vor Gericht“**

5. Bundeskongress der JuhiS und der Ambulanten
Sozialpädagogischen Angebote für straffällig gewordene
junge Menschen
Bad Kissingen
Arbeitskreis 10
05.05.2022

Das sozialdatenschutzrechtlich abgeleitete Zeugnisverweigerungsrecht

Gliederung

Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren -
Allgemeines

- I. § 35 Abs. 3 SGB I
- II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes
 - Einwilligung
 - Gesetzliche Offenbarungsbefugnisse
- III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2, 65 SGB VIII und § 76 SGB X
- IV. Aussagegenehmigung bei fehlender Übermittlungsbefugnis
- V. Fazit

Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren

Allgemeines

1. § 53 StPO

Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger

Im Bereich der Sozialen Arbeit **nur zwei Berufsgruppen:**

- Mitglieder/Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (§ 53 Abs. 1 S.1 Nr. 3a)
- Berater*innen in anerkannten Drogenberatungsstellen (§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 3b)

Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren

Allgemeines

§ 53 StPO

Entscheidung des BVerfG von 1972:

- Kein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen „als Helfer des Gerichts“ (vgl. Terminus: Jugendgerichtshilfe!), die „in dieser Funktion erlangtes Wissen von Amts wegen weiterzugeben“ hat.
- Vergleich mit Ärzten*innen oder Rechtswälten*innen verbieten sich!

Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren

Allgemeines

2. Ableitung des Zeugnisverweigerungsrechts unmittelbar aus der Verfassung (BVerfG, Beschluss v. 19.07.1972, NJW 1972, 2214 ff.)

Es hat entschieden,

dass im Einzelfall ausnahmsweise und unter ganz besonders strengen Voraussetzungen eine Begrenzung des Zeugniszwangs unmittelbar aus der Verfassung folgt, wenn unabhängig von der Berufszugehörigkeit des Zeugen dessen Vernehmung wegen der Eigenart des Beweisthemas in den durch Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG grundrechtlich geschützten Bereich der privaten Lebensgestaltung des Einzelnen, insbesondere seine Intimsphäre, eingreifen würde. (...) Eine solche Einschränkung des Zeugniszwangs im Hinblick auf Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 kann jeweils nur als Ergebnis einer vom Richter vorzunehmenden konkreten und fallorientierten Abwägung zwischen den Belangen der Strafrechtspflege und den Geheimhaltungsinteressen des Einzelnen festgestellt werden, wobei – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Verhältnismäßigkeitsgebots – alle Umstände des Falles in die Prüfung einzubeziehen sind. Dazu gehören zB Art und Schwere der in Rede stehenden Straftat, die Höhe der Straferwartung, das Vorhandensein anderer Aufklärungsmöglichkeiten, die Bedeutung des Beweisthemas für die Beurteilung der Tat-, Schuld- oder Strafmaßfrage und die Intensität des durch die Zeugenvernehmung bewirkten Eingriffs in die Privatsphäre des Betroffenen« (BVerfGE 33, S. 367, 377).

I. § 35 Abs. 3 SGB I

*„Soweit eine Übermittlung von Sozialdaten nicht zulässig ist, besteht keine Auskunftspflicht, **keine Zeugnispflicht** und keine Pflicht zur Vorlegung oder Auslieferung von Schriftstücken, nicht automatisierten Dateisystemen und automatisiert verarbeiteten Sozialdaten.“*

I. § 35 Abs. 3 SGB I

Frage:

Geht mit der Regelung von § 35 Abs. 3 SGB I ein auch *strafprozessual wirksames Zeugnisverweigerungsrecht* einher, wenn eine Übermittlung von Sozialdaten unzulässig ist?

I. § 35 Abs. 3 SGB I

Antwort: Jawohl!

Es besteht sogar eine **Zeugnisverweigerungspflicht**
(Kunkel (2022) § 61 Rn. 221).

Problem: Strafrechtler kennen den Sozialdatenschutz nicht!

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

Übermittlung von Sozialdaten allgemein

Definition: Bekanntgabe von Sozialdaten zur Kenntnis von Dritten, also an jede Person oder Stelle außerhalb der verantwortlichen Stelle.

Also: Weitergabe von Sozialdaten von **JuHiS** an andere verantwortliche Stellen wie **ASD** oder **Jugendgericht, Staatsanwaltschaft** etc. ist **Übermittlung** !

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

Übermittlung von Sozialdaten allgemein

Datenweitergabe **innerhalb der verantwortlichen Stelle** (z.B. **JuHiS**) ist keine Übermittlung sondern **zulässige Datennutzung**.

Dennoch ergeben sich dabei **Einschränkungen** bei den

- *einer Fachkraft* zwecks persönlicher /erzieherischer Hilfen *anvertrauten Daten* (§ 65 Abs. 1 SGB VIII) und
- von einer nach *§ 203 StGB schweigepflichtigen Person* (z.B. Arzt oder staatlich anerkannte Fachkräfte der Sozialen Arbeit) bekanntgegebenen Daten (§ 76 SGB X).

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

1. **Übermittlung von Sozialdaten allgemein**

- Es gilt **§ 35 Abs. 2 SGB I**:

Eine Übermittlung von Sozialdaten ist **nur unter den Voraussetzungen von §§ 67b und 67d SGB X** zulässig!

Also bei:

- einer **Einwilligung** oder
- einer **gesetzlichen Übermittlungsbefugnis!**

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

1. Einwilligung

als wichtigste Übermittlungsbefugnis (§ 67b SGB X i.V.m. Art. 7 DS-GVO)
mit der in der Praxis größten Bedeutung

Definition (Art. 4 Nr. 11 DS-GVO):

„Einwilligung“ der betroffenen Person (ist) jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.“

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

2. Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

... wenn eine wirksame **Einwilligung** fehlt.

Diese ergeben sich allein aus den §§ **68 – 77 SGB X** ...

... in Einschränkung der Vorschriften von §§ **64, 65 SGB VIII** und § **76 SGB X**.

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

2. Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

2.1 Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt. SGB X im Rahmen der Aufgabenerfüllung (vgl. auch § 64 Abs. 1 SGB VIII)

Zulässigkeit der Übermittlung, wenn dies **zur Erfüllung der Zwecke**, für die die Daten erhoben wurden, **erforderlich** ist.

Beispiel:

JuHiS übermittelt Daten an das Jugendgericht im Rahmen der Mitwirkung im jugendgerichtlichen Verfahren (§ 52 SGB VIII)

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

2. Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

2.2 Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 2. Alt. SGB X im Rahmen der Aufgabenerfüllung

Zulässigkeitsvoraussetzungen der Übermittlung:

- Sie muss **erforderlich zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe** sein, auch wenn *ein anderer Zweck* verfolgt wird!

Für die Jugendhilfe **also**:

Erfüllung von Aufgaben i.S.v. § 2 SGB VIII,
d.h. Gewährung von **Leistungen** (z.B. HzE) oder
Erledigung **anderer Aufgaben (JuhiS)**

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

2. Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

Beispiel:

Daten, die für die Leistungserbringung (HzE) erhoben wurden, dürfen in Fällen der Kindeswohlgefährdung an Fachkräfte i.S.v. § 8a SGB VIII oder andere Stellen (Einrichtungen der Gesundheitshilfe, Familiengericht oder Polizei) übermittelt werden.

II. Übermittlungsbefugnisse der Jugendhilfe nach dem Recht des Sozialdatenschutzes

2. Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

2.3 Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 3. Alt. SGB X im Rahmen der Amtshilfe für eine Stelle eines Sozialleistungsträgers i.S.v. § 35 SGB I

Beispiel:

Datenübermittlung vom ASD an den Pflegekinderdienst oder die **JuHiS** oder auch an das Jobcenter und umgekehrt. Nicht jedoch an freie Träger!

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

1. Sperre - durch § 64 Abs. 2 SGB VIII:

„Eine Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 69 SGB X ist (...) nur zulässig, soweit dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Leistung nicht in Frage gestellt wird.“

Beispiel: Daten aus einer fortdauernden Beratung dürfen nicht an das Gericht etc. übermittelt werden, wenn ein Vertrauensbruch und damit der Abbruch der Beratung riskiert wird.

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

2. **Sperre** - durch § 65 Abs. 1 SGB VIII

Verpflichtung der **einzelnen Fachkraft**,

- Daten, die ihr **zum Zweck persönlicher und erzieherischer Hilfe**
- **anvertraut** worden sind,
- gegenüber allen anderen** – auch Fachkräften oder anderen Personen der eigenen verantwortlichen Stelle – **zu schützen.**

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

2. Die nach § 65 Abs. 1 SGB VIII **anvertrauten Daten dürfen ausnahmsweise nur weitergegeben** werden,
- bei **Einwilligung** des anvertrauenden Klienten,
 - gegenüber dem **Familiengericht in Fällen von § 8a SGB VIII zur Durchsetzung von Leistungsgewährung,**
 - bei **Wechsel der Fallzuständigkeit im JA in Fällen von § 8a,**
 - an die **hinzugezogenen Fachkräfte im Zusammenhang mit der Abschätzung des Gefährdungsrisikos**

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

2. Weiterhin dürfen die nach § 65 SGB VIII anvertrauten Daten nur weitergegeben werden,

wenn eine **Offenbarungsbefugnis nach § 203 StGB** dies zulässt!

Also bei:

- **Einwilligung**
- **gesetzlichen Offenbarungspflichten**
(z.B. § 138 StGB; vgl. § 71 SGB X)
- **rechtfertigendem Notstand i.S.v.**
§ 34 StGB

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

2. Normadressat ist in erster Linie der/die einzelne Mitarbeiter/in der JuhiS

Konsequenz:

- Die **Fachkraft**, der die Daten anvertraut wurden, **entscheidet allein** über die Weitergabe und das Vorliegen der Zulässigkeitsvoraussetzungen.
- Die **verantwortliche Stelle** muss die sachlichen/organisatorischen **Bedingungen für besonderen Vertrauensschutz** schaffen.

III. Übermittlungssperren gem. §§ 64 Abs. 2 und 65 SGB VIII und § 76 SGB X

3. **Sperre** - durch § 76 SGB X

Erhält die JuhiS Sozialdaten von einem*er Arzt*Ärztin oder einer Person, die gem. § 203 StGB der Schweigepflicht unterliegt (z.B. staatl. anerkannte Sozialarbeiter*innen), besteht auch für die JuhiS die Schweigepflicht!

Ausnahme bei Offenbarungsbefugnissen:

- Einwilligung
- Offenbarungspflichten (Anzeigepflicht gem. § 138 StGB)
- Rechtfertigender Notstand (§ 34 StGB)

IV. Aussagegenehmigung bei fehlender Übermittlungsbefugnis

§ 54 StPO

Pflicht zur **Beachtung** der beamtenrechtlich oder arbeits- bzw. tarifvertraglich geregelten **Amtsverschwiegenheit!**

Nur bei der **Aussagegenehmigung des*der Dienstvorgesetzten** ist eine Zeugenaussage zulässig!

Die **Verweigerung der Aussagegenehmigung** nur

- bei Nachteilen für das „Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes“ oder
- wenn die Aussage „die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde“ (§ 37 Abs. 4 BeamStG).

IV. Aussagegenehmigung bei fehlender Übermittlungsbefugnis

§ 54 StPO

Bei fehlender Übermittlungsbefugnis gilt **dienst- und arbeitsrechtlich**:

Der Dienstvorgesetzte darf **keine Aussagegenehmigung** (vgl. § 37 Abs. 4 und 5 BeamStG und § 3 TVöD) erteilen.

V. Fazit

Bei **fehlender** Einwilligung und fehlender gesetzlicher **Übermittlungsbefugnis** gilt

§ 35 Abs. 3 SGB I:

Die verantwortlichen Stellen des JA sowie ihre Fachkräfte sind gegenüber anderen Stellen/Dritten **nicht verpflichtet,**

1. **Auskunft zu erteilen,**
2. *als Zeugen vor STA/Gericht auszusagen*
und
3. **Akten, Schriftstücke etc. auszuhändigen.**

V. Fazit

Das datenschutzrechtlich abgeleitete Zeugnisverweigerungsrecht

Neben § 53 StPO existiert das aus § 35 Abs. 3 SGB I abgeleitete Zeugnisverweigerungsrecht, das offensiv bei Gericht/STA und JA vertreten werden muss!

„Ein Recht, das im Verborgenen blüht!“

Literatur

Ernst/Höynck, Zeugnisverweigerungsrecht der Jugendhilfe im Strafverfahren? ZJJ 2018, S. 228 ff.

Goldberg, B., § 52, In: Wabnitz (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht, Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII, Neuwied, 84. Aktualisierungslieferung.

Hoffmann, B., § 64 Rn. 77, In: Münder u.a. (Hrsg.): Frankfurter Kommentar SGB VIII. 8. Aufl., 2019, Baden-Baden.

Kunkel, P.-C., § 61 Rn. 219 ff., in: Kunkel u.a. (Hrsg.): SGB VIII Lehr- und Praxiskommentar. 8. Aufl., 2022, Baden-Baden.

Kunkel/Rosteck/Vetter, Schweigepflicht und Sozialdatenschutz versus Zeugnispflicht? Strafverteidiger 2017, S. 829 ff.

Riekenbrauk, K., Haus des Jugendrechts und Sozialdatenschutz. ZJJ 2011, S. 74 ff.

Riekenbrauk, K., Die Anforderungen des Sozialdatenschutzes an die neuen Kooperationsformen von Justiz, Polizei und Jugendhilfe. In: DVJJ (Hrsg.): Dokumentation des 29. Deutschen Jugendgerichtstages, 2015, Mönchengladbach, S. 49 ff.

Riekenbrauk, K., Schweigepflicht-Datenschutz-Zeugnisverweigerungsrecht. In: Cornel u.a. (Hrsg.): Resozialisierung Handbuch, 4. Aufl., 2018, Baden-Baden, S. 527 ff.

Trenczek/Goldberg, Jugendkriminalität, Jugendhilfe und Strafjustiz, 2016, Stuttgart, S. 190.

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Ausgangspunkt und Grundlage ist die **Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG)**

BVerfG erhebt den **Datenschutz** auf eine **verfassungsrechtliche Ebene**

- ***Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als***

Grundvoraussetzung einer **freien Gesellschaft**, in der jede*er sich frei entfalten können muss.

- ***Datenschutz ist danach Grundrechtsschutz!***

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Zitat BVerfG E 65, S. 41 (**Volkszählungsurteil**)

„Im Mittelpunkt der grundgesetzlichen Ordnung stehen Wert und Würde der Person, die in freier Selbstbestimmung als Glied einer freien Gesellschaft wirkt. Ihrem Schutz dient – neben speziellen Freiheitsverbürgungen – das in Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art 1 Abs. 2 GG gewährleistete allgemeine Persönlichkeitsrecht, das gerade auch im Blick auf moderne Entwicklungen und die mit ihnen verbundenen neuen Gefährdungen der menschlichen Persönlichkeit Bedeutung gewinnen kann.“

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Zitat BVerfG E 65, S. 41 ff. (Volkszählungsurteil 1983)

Recht auf informationelle Selbstbestimmung ...

„Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffenden Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer, was, wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Datenschutz im **Bereich der Jugendhilfe** wird gesetzlich realisiert durch ...

1. die **Schweigeflicht der einzelnen Fachkraft**,

- nach § 203 StGB
- nach § 53 StPO (Zeugnisverweigerungsrecht, aber eingeschränkt)
- nach den Vorschriften des Beamten- und Arbeitsrechts zur Wahrung innerbehördlicher Dienstgeheimnisse.

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Datenschutz im Bereich der Jugendhilfe wird weiterhin gesetzlich realisiert durch ...

2. den **Sozialdatenschutz durch die Sozialleistungsträger** aufgrund

- der *EU-Datenschutz-Grundverordnung* (DS-GVO),
- dem *SGB I* (Allg. Teil),
- dem *SGB VIII* (Kinder- und Jugendhilfe),
- *SGB X* (2. Kapitel: Sozialdatenschutz) u.
- *Bundes- bzw. Landesdatenschutzgesetz/e*

I. Datenschutz - seine Ziele und rechtlichen Grundlagen

Datenschutz im Bereich der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS) gewinnt durch die **Ergänzung von § 52 Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB VIII - Verpflichtung zur Kooperation z.B. mit Polizei/STA in Fallkonferenzen** – eine besondere Bedeutung.

„Damit die Kooperation unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen funktionieren kann, müssen diese datenschutzrechtlichen Vorschriften den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe und den Strafverfolgungsbehörden gut bekannt sein“ (BR-Drs. 5/21, S. 105).

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

§ 203 Abs. 1 StGB

„Wer *unbefugt* ein *fremdes Geheimnis*, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, *offenbart*, das ihm als ...

**5. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter
oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen
(...)**

anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter!

§ 205 Abs. 1 StGB

„ In den Fällen (...) der §§ 202 bis 204 wird die Tat **nur auf Antrag** verfolgt.“

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

1. **Allgemeine Bedeutung**

1.1 **Jeder Einzelne und jede Einzelne** staatl. anerkannte Sozialarbeiter*in und Sozialpädagoge*in in der Jugendhilfe ist **persönlich** für die Wahrung des Geheimnisschutzes **strafrechtlich verantwortlich**.

1.2 **Weisungen** im Einzelfall oder **Verwaltungsvorschriften**, die den Geheimnisschutz verletzen, *entlasten den Einzelnen nicht*.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2. Offenbarungsbefugnisse

- *Einwilligung*

- *gesetzliche Offenbarungspflichten*

- *Rechtfertigender Notstand*

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.1 **Einwilligung**

- Die Einwilligung bewirkt praktisch die **Entbindung von der Schweigepflicht**.
- Als Rechtfertigungsgrund legitimiert sie die Geheimnisweitergabe, die insoweit straflos bleibt.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.1.1 Voraussetzungen für eine wirksame Einwilligung:

- Verständliche **Aufklärung** über
 - den **Zweck** der beabsichtigten Verarbeitung der anvertrauten Informationen,
 - die **Folgen der Verweigerung** der Einwilligung sowie
 - die jederzeitige **Widerrufsmöglichkeit** (vgl. § 67b Abs. 2 Satz 2 SGB X n.F.)

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.1.1 Voraussetzungen für eine wirksame Einwilligung:

- **Freiwilligkeit**, also ohne Anwendung von Täuschung, Drohung oder Zwang;
- **Kein besonderes Formerfordernis**, also **mündlich oder schriftlich** (vgl. aber § 67b Abs. 2 Satz 1 SGB X); Schriftform gleichwohl ratsam aus Gründen evtl. späterer Beweissicherung (Art. 7 Abs. 1 DS-GVO).

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

Stillschweigende Einwilligung

Voraussetzung für die Rechtswirksamkeit einer

- Es müssen **deutliche Anhaltspunkte** vorliegen, aus denen unmissverständlich hervorgeht, dass der*die betroffene Klient*in **stillschweigend/schlüssig mit der Informationsweitergabe einverstanden** ist.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

Sorgsamer Umgang mit der Konstruktion von „stillschweigender Einwilligung“

- Der Rückgriff auf „stillschweigende Einwilligung“ darf **nur auf Ausnahmen beschränkt** bleiben, ist also restriktiv zu handhaben.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

- Im JA ist in der Regel **die beratende Fachkraft als Einzel- und Vertrauensperson** und nicht auch noch andere Kollegen oder das Sachgebiet **Adressat** der anvertrauten Informationen. Es kann daher nicht unterstellt werden, dass die Klientin „stillschweigend“ mit einer Informationsweitergabe an Kollegen*innen einverstanden ist.
- Dies gilt auch für **Teambesprechungen und Hilfeplangespräche**, erst recht für Fallkonferenzen.
- Auch **gegenüber Vorgesetzten** bleibt es bei der Schweigepflicht. Dies gilt auch im Rahmen des Beschwerdemanagements.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

- **Pauschale Einwilligungserklärungen sind unzulässig.**
- **Das Gleiche gilt für Einwilligungserklärungen auf Vorrat.**

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.1.2 **Einwilligung Minderjähriger**

Grundsatz:

- Für Minderjährige ist die **Einwilligungserklärung der gesetzlichen Vertreter**, in der Regel der Eltern, erforderlich.
- Die Eltern vertreten das minderjährige Kind gemeinschaftlich.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

Ausnahme:

- **Jugendliche** können auch allein wirksam einwilligen, wenn sie über die „**natürliche Einwilligungsfähigkeit**“ (vgl. § 630d BGB) verfügen, also
 - aufgrund **ihres intellektuellen Entwicklungsstandes fähig sind**, die Bedeutung und Folgen ihres Handelns zu erkennen und
 - nach dieser Einsicht auch **eigenständig Entscheidungen** treffen können.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

Eine solche Einsichts- und Urteilsfähigkeit wird man **regelmäßig bei 14jährigen und älteren Minderjährigen** annehmen können.

Die Entscheidung über das Vorliegen dieser Fähigkeit trifft die einzelne Fachkraft.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.2 **Gesetzliche Offenbarungspflichten**

Bei Vorliegen gesetzlicher Offenbarungspflichten dürfen bzw. müssen Geheimnisse an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden.

2.2.1 **Anzeigepflicht** gegenüber den Strafverfolgungsbehörden bzw. dem Bedrohten über **geplante, noch abwendbare schwere Straftaten** gem. §§ 138, 139 StGB.

Eine darüber hinausgehende Anzeigepflicht existiert nicht.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.2.2 **Anrufungspflicht des Jugendamtes**
gegenüber dem **Familiengericht** bei
Kindeswohlgefährdung gem. § 8a Abs. 2 SGB VIII.

2.2.3 **Mitteilungspflicht der JuHiS gegenüber**
Jugendgericht nach § 38 Abs. 5 Satz 2 JGG
(Überwachung von Weisungen/Auflagen)

2.2.4 **Zeugnispflicht**

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

2.3 **Rechtfertigender Notstand**

Eine **Offenbarungsbefugnis** lässt sich nach einer **Güterabwägung** gem. § 34 StGB (Rechtfertigender Notstand) ableiten.

II. Schweigepflicht (§ 203 StGB)

- Vorliegen einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren **Gefahr für Leben, Gesundheit, sexuelle Selbstbestimmung, Freiheit oder ein anderes Rechtsgut;**
- Weitergabe der Geheimnisse, um die **Gefahr von einem anderen abzuwenden;**
- Bei **Abwägung der in Konflikt stehenden Rechtsgüter** überwiegt das geschützte Rechtsgut das beeinträchtigte (also das informationelle Selbstbestimmungsrecht) wesentlich;
- Es bestehen **keine weniger eingriffsintensiven Handlungsalternativen**, die auch zur Abwehr der drohenden Gefahren geeignet sind.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

Sozialdatenschutz wird auch gesetzlich realisiert durch ...

... die **Pflicht einer Behörde als Sozialleistungsträger** oder **Teil einer solchen**, Sozialdaten zu schützen nach

§ 35 Sozialgesetzbuch I (SGB I).

Die *Jugendämter als Sozialleistungsträger* unterliegen uneingeschränkt dem Sozialdatenschutzrecht (§ 61 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII)!

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

- **Die DS-GVO gilt ab dem 25.05.2018 unmittelbar auch für die Jugendhilfe.**

- Daneben gelten die bereichsspezifischen Sozialdatenschutzvorschriften, also

- Die **allgemeinen Sozialdatenschutzvorschriften:**

- § 35 SGB I sowie §§ 67 – 85a SGB X in der Fassung v. 17.7.2017 (Gesetz zur Änderung des BVersG u. anderer Vorschriften, Art. 19 u. 24) sowie

- Die **besonderen Sozialdatenvorschriften** für die **Jugendhilfe** (§§ 61 – 68 SGB VIII)

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

Die allgemeinen und Jugendhilfe-spezifischen Sozialdatenschutzvorschriften ...

... gelten für **alle Stellen des JA**, soweit sie **Aufgaben nach dem SGB VIII wahrnehmen** (§ 61 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII).

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

- 1.1 Der **Verantwortliche** (Art. 4 Nr. 7 Hs. 1 DS-GVO) = **Verantwortliche Stelle = Leistungsträger** als zentraler Adressat des Sozialdatenschutzes = **JA**,
- nicht jedoch das **JA** als ganzes sondern
 - die (kleinere) **Organisationseinheit**, die eine **Aufgabe funktional** durchführt (vgl. § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB X).

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.1 **Also:** JA besteht aus *mehreren Verantwortlichen* bzw. verantwortlichen Stellen!

JuHiS, ASD, Pflegekinderdienst und andere Sachgebiete sind datenschutzrechtlich *eigene verantwortliche Stellen!*

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.1 **Verantwortliche** bzw. **Verantwortliche Stelle** umfasst

- **Fachkräfte**
- **Mitarbeiter im Schreibbüro**
- **Leitung des JA**
- **Dezernent/Beigeordneter**

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.1 Die **einzelne Fachkraft ist nicht Verantwortliche** und nicht unmittelbarer Adressat des Sozialdatenschutzes.

Verpflichtung der Fachkraft zur Beachtung des Datenschutzes ergibt sich aus dem Beamten-/Arbeitsrecht und § 203 StGB!

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

- 1.1 Eine **verantwortliche Stelle** bilden auch die nach der amtsinternen Dienst-/Geschäftsordnung mit einer Angelegenheit befassten Fachkräfte, **die im Team beraten oder entscheiden**, wenn es das Gesetz verlangt:
- z.B. bei **Hilfeplanung** (§ 36 Abs. 2 SGB VIII) oder **Gefährdungseinschätzung** (§ 8a Abs. 1 SGB VIII)

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.2 **Sozialdaten = personenbezogene Daten**

Art. 4 Nr. 1 DSGVO: „alle Informationen, die sich auf eine **identifizierte oder identifizierbare natürliche Person** (betroffene Person) beziehen;

als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.“

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.3 **Verarbeitung** von personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 2 DSGVO)

„jeder (...) Vorgang im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie

- das **Erheben**, das Erfassen, (...), die **Speicherung**, (...), die Veränderung, (...), die Verwendung, die Offenlegung durch **Übermittlung**, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, (...), das Löschen“.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1. Begrifflichkeiten des Sozialdatenschutzes

1.4 Erheben

Das Beschaffen von personenbezogenen Daten über die betroffene Person.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

1.5 **Übermitteln**

Bekanntgeben von Sozialdaten zur Kenntnis eines Dritten *außerhalb des Verantwortlichen* (§ 67 Abs. 1 SGB X i.V.m. Art. 4 Nr. 10 DS-GVO)

Also: Weitergabe von Akten(-teile) oder Überspielen von Daten oder Überreichen von Datenträgern, auf dem Postweg, mündlich, telefonisch, über Telefax, E-Mail-Versand, durch Zeichengeben, beredtes Schweigen oder vielsagende Blicke.

Weitergabe innerhalb einer verantwortlichen Stelle (z.B. JuHiS) ist keine Übermittlung!

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

2. Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 5 Abs. 1 DS-GVO

- Rechtmäßigkeit, Transparenz.
- Zweckbindung.
- Datenminimierung/-sparsamkeit.
- Richtigkeit (Aktualität, JuHiS vgl. § 38 Abs. 3 Satz 3 JGG n.F.).
- Speicherbegrenzung.
- Integrität und Vertraulichkeit.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3. Erhebung von Sozialdaten durch den Verantwortlichen

3.1 Es gilt das **streng zu beachtende**

- **Erforderlichkeitsprinzip** (§ 67a Abs. 1 SGB X und 62 Abs. 1 SGB VIII)

Nur die Daten dürfen erhoben werden, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung **im Einzelfall aktuell und konkret unverzichtbar** ist. (Keine Datenerhebung auf Vorrat!)

JuHiS: Welche Informationen brauche ich im vorliegenden Verfahren für die Stellungnahme bei Gericht?

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3. Erhebung von Sozialdaten durch den Verantwortlichen

3.1 Es gilt das **streng zu beachtende**

- **Zweckbindungsprinzip** (§ 67c Abs. 1 SGB X u. § 62 Abs. 1 SGB VIII)

Bei der Datenerhebung muss der Zweck bestimmt sein, der den weiteren Umgang mit den erhobenen Daten festlegt.

JuHiS: Für wen bzw. was erhebe ich die Daten des/der Klienten*in? Für das JGericht, für HzE?

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.2 **Erhebung von Sozialdaten** grundsätzlich **bei dem*der Betroffenen selbst** (§ 62 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII) !

Dabei zu beachten die **Informationspflicht** (Art. 13 DS-GVO und § 82 SGB X)

- **Aufklärung über Verwendungszweck** (§ 62 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII) und **die Identität des Verantwortlichen** (Art. 13 Abs. 1 DS-GVO)

(Der Betroffene muss wissen und verstehen, warum die Daten von wem gesammelt werden und was danach mit ihnen geschieht)

JuHiS: Belehrung über Schweigerecht des*der betroffenen Beschuldigten

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.3 **Datenerhebung bei Dritten** (Eltern, Lehrer oder anderen verantwortlichen Stellen)

Grundsätzlich zulässig mit **Einwilligung** des **Betroffenen/ bzw. Auskunftspflichtigen**

- **Vorherige Aufklärung** des Betroffenen über Gegenstand und Umfang der Datenerhebung beim Dritten (Art. 14 DS-GVO und § 82a SGB X).

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.3 **Form, Art und Weise der vorherigen Aufklärung des Betroffenen** nach Art. 13 und 14 DS-GVO (vgl. auch § 70b Abs. 1 JGG)

Art. 12 Abs. 1 DS-GVO:

„(...) in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache (...); dies gilt insbesondere für Informationen, die sich speziell an Kinder (*bis 18 Jahre*) richten. Die Übermittlung der Informationen erfolgt schriftlich oder in anderer Form, gegebenenfalls auch elektronisch. Falls von der betroffenen Person verlangt, kann die Information mündlich erteilt werden, sofern die Identität der betroffenen Person in anderer Form nachgewiesen wurde.“

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.3 **Datenerhebung bei Dritten**

Ausnahmsweise *auch ohne Einwilligung* zulässig,

- wenn eine **gesetzliche Vorschrift** dies **vorschreibt/erlaubt** (§ 62 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII); z.B. in Fällen von § 8a SGB VIII und ...

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.3 **Datenerhebung bei Dritten**

...

- bei Wahrnehmung einer Aufgabe nach §§ 42 48a, **52 SGB VIII** und
 - wenn Erhebung beim Betroffenen nicht möglich und **Kenntnis der Informationen zur Aufgabenwahrnehmung erforderlich** ist (§ 62 Abs. 3 Nr. 2 c SGB VIII)

JuHiS: Zeugen*innen evtl. nach §§ 52, 53 StPO zu ihrem Zeugnisverweigerungsrecht belehren!

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.3 **Datenerhebung bei Dritten**

- **Ausnahmsweise auch ohne Einwilligung** zulässig, in folgenden Fällen nach § 62 Abs. 3 Nr. 3 und 4 SGB VIII:

- bei **unverhältnismäßigen Aufwand** und **nicht gegen die Interessen** des Betroffenen
- bei ernsthafter **Gefährdung für den Zugang zur Hilfe**; z.B. Blockadehaltung der Eltern bei Verdacht des sex. Missbrauchs des Kindes

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

3.4 **Folgen unzulässiger Datenerhebung**

- ***Jeder weiterer Umgang*** mit den unzulässig erhobenen Daten (Speicherung, Nutzung, Übermittlung) wird **ebenfalls unzulässig**.
- Daten sind zu **löschen** (§ 84 Abs. 2 SGB X).
- **Verwertungsverbot** für Datenempfänger z.B. Jugendgericht (§ 78 SGB X).

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

4. **Datenspeicherung**

Soweit es **für die Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe erforderlich** ist, ist die **Speicherung** von Sozialdaten jedweder Art **erlaubt** (§ 63 Abs. 1 SGB VIII).

Speichermedien: alle Datenträger wie CD-ROM, Disketten, handschriftliche Akten, Fragebögen, Formulare, Karteikarten etc.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

4. **Datenspeicherung**

Zur Datenspeicherung/Aktenführung *Empfehlung*:

Aufgliederung in

- **Verfahrensakten** und
- **Arbeitsplatzakten** (steht allein der Fachkraft zur Verfügung bei besonderem Vertrauensschutz nach § 65 SGB VIII bzw. 76 SGB X)

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

4. **Daten-/Aktenzusammenführung** (§ 63 Abs. 2 SGB VIII)

In der Regel sind Akten **für jeden einzelnen Fall** getrennt zu führen!

Zusammenführung grundsätzlich unzulässig!

Nur bei **unmittelbarem Sachzusammenhang** dürfen Daten, die zur Erfüllung unterschiedlicher Aufgaben erhoben wurden, zusammengeführt werden. Also bei **zeitlicher, personeller oder leistungsinhaltlicher Verknüpfung**, wenn **verschiedene Leistungen auf einen umfassenden Gesamthilfebedarf** treffen: bei einer Person oder innerhalb einer Familie.

III. Rechtsgrundlagen des Sozialdatenschutzes in der Jugendhilfe

4. **Daten-/Aktenzusammenführung** (§ 63 Abs. 2 SGB VIII)

Auch **Akten/Daten zu Leistungszwecken und sonstigen Aufgaben** dürfen **nur bei Erforderlichkeit** zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe zusammengeführt werden.

Beispiel: Daten zu HzE (§§ 27 ff.) mit Daten zur **JuHiS** (§ 52)

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1. **Übermittlung von Sozialdaten allgemein**

Definition: Bekanntgabe von Sozialdaten zur Kenntnis von Dritten, also an jede Person oder Stelle außerhalb der verantwortlichen Stelle.

Also: Weitergabe von Sozialdaten **von JuHiS** an andere verantwortliche Stellen **wie ASD, Familiengerichtshilfe, Pflegekinderdienst** und umgekehrt ist **Übermittlung** !

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1. Übermittlung von Sozialdaten allgemein

- Es gilt § 35 Abs. 2 SGB I:

Eine Übermittlung von Sozialdaten ist **nur unter den Voraussetzungen von §§ 67b und 67d SGB X** zulässig!

Also bei:

- einer **Einwilligung** oder
- einer **gesetzlichen Übermittlungsbefugnis!**

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.1 **Einwilligung**

als wichtigste Übermittlungsbefugnis

(§ 67b SGB X i.V.m. Art. 7 DS-GVO)

mit der in der Praxis größten Bedeutung

Definition (Art. 4 Nr. 11 DS-GVO):

„Einwilligung“ der betroffenen Person (ist) jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.“

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.1 **Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung:**

- Geschäftsfähigkeit i.S.v. §§ 104 ff. BGB) nicht erforderlich, **natürliche Einsichtsfähigkeit** reicht.
- In der Regel liegt Einsichtsfähigkeit mit Vollendung des 14. Lebensjahres vor!
- Ansonsten **Einwilligung der gesetzlichen Vertreter** (z.B. Eltern) erforderlich.

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.1 **Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung:**

- **Freiwilligkeit**, ohne Täuschung, Drohung oder Zwang.

- Nur Einwilligung **für den Einzelfall** und im Hinblick auf die **für die verantw. Stelle erforderlichen Informationen**,

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.1 **Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen der Einwilligung:**

- **Pauschaleinwilligungen** sind unzulässig!
- Sind die **Einzelheiten der Datenübermittlung oder der Empfänger noch nicht bekannt**, reicht es, wenn auf die Erforderlichkeit der Übermittlung hingewiesen wird und der **Empfänger bestimmbar bzw. erkennbar** ist.

JuHiS: Die Zuständigkeit des JGerichts (AG oder LG) steht noch nicht fest. Oder bei HZE ist der Träger der Maßnahme noch nicht festgelegt.

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.1 **Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen der Einwilligung:**

- **Vorherige** – verständliche - **Aufklärung** über
 - **Zweck** (Adressat, Weitergabehalte),
 - **Folgen der Verweigerung** und
 - **jederzeitiges Widerrufsrecht** (§ 67b Abs. 2 Satz 2 SGB X i.V.m. Art. 7 DS-GVO).
- In der Regel **Schrift- oder elektronische Form der Einwilligung** erforderlich (§ 67b Abs. 2 S. 1 SGB X).

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

Weitere Wirksamkeitsvoraussetzung der Einwilligung:

- Die **Einwilligung darf nur durch die verantwortliche Stelle selbst,**

z.B. durch **JuHiS** eingeholt werden, nicht durch die Polizei oder STA für den anderen „Kooperationspartner“!

(**Vorsicht** bei unzulässiger Praxis in Kooperationszusammenhängen wie Fallkonferenzen/Häuser des Jugendrechts)

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

Weitere Wirksamkeitsvoraussetzung der Einwilligung:

- Bei schriftlicher Erklärung mit noch weiteren Sachverhalten muss das Ersuchen um **Einwilligung** so erfolgen, dass sie **klar erkenn- und unterscheidbar** ist und

- das alles in **verständlicher und leicht zugänglicher Form** in einer **klaren und einfachen Sprache** (Art. 7 Abs. 2 DS-GVO)!

Muster einer Einwilligungserklärung mit Schweigepflichtsentbindung:

Jugendamt der Stadt XY, Abt. Jugendhilfe im Strafverfahren/Jugendgerichtshilfe
(JuHiS/JGH)

Einwilligungserklärung gem. Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO mit Schweigepflichtsentbindung

Name, Vorname: _____ Anschrift: _____ geb. am _____

*Ich bin darüber belehrt worden, dass ich als Beschuldigte*r keine Angaben zu machen brauche und schweigen kann. Wenn ich Angaben mache, muss ich damit rechnen, dass die Mitarbeiter*innen eventuell als Zeugen*innen vor Gericht dazu aussagen müssen.*

*Ich bin über die in der Abt. JuHiS/JGH verwendeten Dokumentationssysteme und die berufliche Schweigepflicht der Mitarbeiter*innen informiert. Mit der elektronischen Erfassung meiner persönlichen Daten und deren Verarbeitung in der Abt. JuHiS/JGH zum Zwecke der Information des Jugendgerichts (... der Staatsanwaltschaft, Polizei ...) bin ich einverstanden. Auch dürfen meine Daten zur Prüfung von Hilfen zur Erziehung verarbeitet werden. Innerhalb der Abteilung können meine Daten ausgetauscht werden; mit Ausnahme der Daten, die ich dem*der für mich zuständigen Mitarbeiter*in zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfen anvertraut habe.*

*Ich befreie den/die für mich zuständige/n Mitarbeiter*in für diesen Zweck von der Schweigepflicht. Mir ist bekannt, dass ich jederzeit einen Anspruch auf Auskunft über die von mir erhobenen Daten habe, dass ich der Speicherung meiner Daten jederzeit für die Zukunft widersprechen kann und diese daraufhin gelöscht werden. Mir ist auch bekannt, dass ich diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft jederzeit widerrufen kann und bei einer Verweigerung der Einwilligung die Prüfung von Hilfen zur Erziehung nicht möglich ist. Eine Weitergabe meiner Daten an Einzelpersonen, Institutionen oder Behörden zu einem anderen Zweck als dem oben angegebenen findet ohne meine Zustimmung nicht statt.*

Datum, Ort, Unterschrift

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2 **Bei fehlender Einwilligung**

Prüfung der gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse

Diese ergeben sich allein aus den §§ **68 – 77 SGB X** oder aus anderen Vorschriften des SGB (hier: §§ **64, 65 SGB VIII**).

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt. SGB X im Rahmen der Aufgabenerfüllung** (vgl. auch § 64 Abs. 1 SGB VIII)

Zulässigkeit der Übermittlung, wenn dies **zur Erfüllung der Zwecke**, für die die Daten erhoben wurden, **erforderlich** ist.

Beispiel:

JuHiS übermittelt Daten an das Jugendgericht im Rahmen der Mitwirkung im jugendgerichtlichen Verfahren (§ 52 SGB VIII)

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 2. Alt. SGB X im Rahmen der Aufgabenerfüllung**

Zulässigkeitsvoraussetzungen der Übermittlung:

- Sie muss **erforderlich zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe** sein, auch wenn ein anderer Zweck verfolgt wird!

Für die Jugendhilfe **also:**

Erfüllung von Aufgaben i.S.v. § 2 SGB VIII,
d.h. Gewährung von **Leistungen** oder
Erledigung **anderer Aufgaben**

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Beispiel:**

Daten, die für die Leistungserbringung (HzE) erhoben wurden, dürfen in Fällen der Kindeswohlgefährdung an Fachkräfte i.S.v. § 8a SGB VIII oder andere Stellen (Einrichtungen der Gesundheitshilfe, Familiengericht oder Polizei) übermittelt werden.

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 3. Alt. SGB X im Rahmen der Amtshilfe für eine Stelle eines Sozialleistungsträgers i.S.v. § 35 SGB I**

Beispiel: Datenübermittlung vom ASD an den Pflegekinderdienst oder die **JuHiS** oder auch an das Jobcenter und umgekehrt. Nicht jedoch an freie Träger!

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Übermittlungsbefugnis im Hinblick auf die Durchführung eines (straf-)gerichtlichen Verfahrens, das in einem sachlichen Zusammenhang zu einer Aufgabe der Jugendhilfe steht (§ 69 Abs. 1 Nr. 2 SGB X)**

- zulässige Datenübermittlung an
Polizei/STA/Gericht

Beispiel: - Strafanzeige gegen ein Familienmitglied wegen sex. Missbrauchs zum Schutz eines Kindes.

- Anzeige wegen Sozialleistungsbetruges

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 **Übermittlungsbefugnis im Hinblick auf die (§ 69 Abs. 1 Nr. 3 SGB X) Richtigstellung unwahrer Behauptungen des Betroffenen im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen.**

- Der Leistungsempfänger verbreitet in der Presse unwahre Sachverhalte in Bezug auf die Gewährung von HZE; dagegen kann sich die verantw. Stelle mit der Übermittlung von – zutreffenden – Sozialdaten wehren.

Voraussetzung: Zustimmung des Ministeriums als oberste Landesjugendbehörde

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.1 Bei allen zulässigen Übermittlungsvorgängen muss vor der Weitergabe personenbezogener Daten geklärt werden,

ob diese Sozialdaten

- **anonymisiert oder**

- **pseudonymisiert** (Art. 4 Nr. 5 DS-GVO)

werden können z.B. bei Supervision (§ 64 Abs. 2a SGB VIII).

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 **Zulässigkeitseinschränkungen der Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 SGB X:**

Sperre - durch § 64 Abs. 2 SGB VIII:

„...nur zulässig, soweit dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Leistung nicht in Frage gestellt wird.“

Beispiel: Daten aus einer fortdauernden Beratung dürfen nicht an das Gericht übermittelt werden, wenn ein Vertrauensbruch und damit der Abbruch der Beratung riskiert wird.

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 **Weitere Zulässigkeitseinschränkung der Übermittlungsbefugnis gem. § 69 Abs. 1 SGB X:**

Sperre - durch § 65 Abs. 1 SGB VIII

Verpflichtung der einzelnen Fachkraft,

- Daten, die ihr **zum Zweck persönlicher und erzieherischer Hilfe**

- **anvertraut** worden sind,

gegenüber allen anderen – auch Fachkräften der eigenen verantw. Stelle – **zu schützen.**

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 Die nach § 65 Abs. 1 SGB VIII **anvertrauten Daten dürfen nur weitergegeben** werden,

- bei **Einwilligung** des anvertrauenden Klienten,
- gegenüber dem **Familiengericht in Fällen von § 8a SGB VIII** zur Durchsetzung von Leistungsgewährung,
- bei **Wechsel der Fallzuständigkeit** im JA in Fällen von § 8a,
- an die **hinzugezogenen Fachkräfte** im Zusammenhang mit der **Abschätzung des Gefährdungsrisikos**

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 **Weiterhin dürfen die nach § 65 SGB VIII anvertrauten Daten nur weitergegeben werden, wenn eine **Offenbarungsbefugnis nach § 203 StGB** dies zulässt!**

Also bei:

- **Einwilligung**
- **gesetzlichen Offenbarungspflichten**
(z.B. § 138 StGB; vgl. § 71 SGB X)
- **rechtfertigendem Notstand i.S.v. § 34 StGB**

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 **Verlängerung des Vertrauensschutzes nach § 65 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII)**

Die nach § 65 SGB VIII zulässig weitergegebenen anvertrauten Daten dürfen **vom Empfänger nur zu dem Zweck weitergegeben** werden, zu den er diese auch erhalten hat.

Beispiel: Das Gericht erhält von **JuHiS** anvertraute Daten für die Sanktionsfindung; eine Weitergabe an Versicherungen etc. ist zweckfremd und unzulässig.

Also muss **dem Datenempfänger (Gericht) mitgeteilt** werden, **zu welchem Zweck** die Fachkraft die ihr anvertrauten Daten weitergegeben hat und eine zweckfremde Weitergabe unzulässig ist.

IV. Sozialdatenschutz bei der Datenübermittlung innerhalb des JA und nach außen

1.2.2 **Normadressat ist in erster Linie der/die einzelne Mitarbeiter/in**

Konsequenz:

- Die **Fachkraft**, der die Daten anvertraut wurden, **entscheidet allein** über die Weitergabe und das Vorliegen der Zulässigkeitsvoraussetzungen.
- Die **verantw. Stelle** muss die sachlichen/organisatorischen **Bedingungen für besonderen Vertrauensschutz** schaffen.

V. Sozialdatenschutz der Träger der freien Jugendhilfe

Sozialdatenschutz **gilt mittelbar** für die freien Träger!

Verpflichtung des JA,

„... sicherzustellen, dass der Schutz der personenbezogenen Daten bei der Erhebung und Verwendung in entsprechender Weise gewährleistet ist.“
(§ 61 Abs. 3 SGB VIII)

z.B. durch vertragliche Vereinbarungen und Kontrolle.

V. Sozialdatenschutz der Träger der freien Jugendhilfe

„Verlängerter Sozialdatenschutz“ gilt unmittelbar für die freien Träger, wenn

- ihnen Daten zulässig nach dem Sozialdatenschutzrecht z.B. vom JA übermittelt worden sind (§ 78 Abs. 1 SGB X).
- Voraussetzung ist, dass der freie Träger sich – vorher - verpflichtet hat, die Daten nur für den Zweck zu verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt werden (§ 78 Abs. 1 Satz 2 SGB X).
- Hinweispflicht des JA gegenüber freien Trägern auf Einhaltung ihrer Pflichten zum Schutz der übermittelten Daten (§ 78 Abs. 2 SGB X).

VI. Resümee:

1. Die Übermittlung von Sozialdaten an andere verantwortliche Stellen innerhalb des JA und nach außen ist nach § 69 SGB X **grundsätzlich zulässig**.

2. Dabei sind jedoch **in jedem Fall** die **Übermittlungssperren**

- nach § 64 Abs. 2 SGB VIII und
- nach § 65 Abs. 1 SGB VIII

zu **prüfen**.

VI. Resümee

3. Im Fall **anvertrauter Sozialdaten** (§ 65 SGB VIII) **entscheidet der/die einzelne MitarbeiterIn allein**, ob eine Übermittlung z.B. aufgrund einer Einwilligung oder anderer gesetzlicher Ausnahmebestimmungen zulässig ist.
4. Im Fall einer **Gefährdung des Leistungserfolges** (§ 64 Abs. 2 SGB VIII) ist die **Entscheidung von der Leitung der verantwortlichen Stelle** zu treffen.

VII. Konsequenzen

1. Bei **fehlender** Einwilligung und fehlender gesetzlicher **Übermittlungsbefugnis** gilt

§ 35 Abs. 3 SGB I:

Die verantwortlichen Stellen des JA sowie ihre Fachkräfte sind gegenüber anderen Stellen/Dritten **nicht verpflichtet,**

1. **Auskunft zu erteilen,**
2. **als Zeugen vor STA/Gericht auszusagen**
und
3. **Akten, Schriftstücke etc. auszuhändigen.**

VII. Konsequenzen

Das datenschutzrechtlich abgeleitete Zeugnisverweigerungsrecht

Neben § 53 StPO existiert das aus § 35 Abs. 3 SGB I abgeleitete Zeugnisverweigerungsrecht, das offensiv bei Gericht/STA und JA vertreten werden muss!

„Ein Recht, das im Verborgenen blüht!“

VII. Konsequenzen

2. Bei fehlender Übermittlungsbefugnis gilt **dienst- und arbeitsrechtlich:**

Der Dienstvorgesetzte darf **keine Aussagegenehmigung** (vgl. § 37 Abs. 4/5 BStG und § 3 TVöD) erteilen.

3. Bei ernsthaften Zweifeln an datenschutzrechtlich relevantem Verhalten in der Praxis sollte der **zuständige Datenschutzbeauftragte** eingeschaltet werden (§ 81 Abs. 2 SGB X).